

Stadtratsbeschluss vom 28.01.2004
Kürzungsdiktat der Bayer. Staatsregierung

Auswirkungen im Bereich Ref. I, Schulverwaltungsamt:
Quelle: Einzelplan 05, Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Ergänzende Erläuterungen zum Regierungsentwurf des
Nachtragshaushalts 2004, Bayer. Staatsministerium der Finanzen, Januar 2004.

Das neu eingeführte achtjährige Gymnasium (G8) lässt Kostenfaktoren entstehen, deren Zuordnung zu einem oder mehreren Kostenträger(n) derzeit noch umstritten und bezüglich der Auswirkungen noch nicht völlig absehbar sind.

Auf die Kommunen als Sachaufwandsträger kommen – auch nach Ansicht des Bayer. Städtetages – durch die Umstellung erhebliche finanzielle Belastungen zu.

(z. B.: Zusätzliche Räume für Mittagessen, Förderzweckräume, Räume zur Mehrfachnutzung, Arbeitsräume für Schüler und Lehrer.)

Verbunden sind damit auch steigende Personalkosten (z.B. Mensabereiche, Reinigungsbereiche, Administrationsbereich des Sachaufwandsträgers) und voraussichtlich auch steigende Ausgaben bei der Schülerbeförderung.

Der städt. Ausschuss für Schule und Bildung hat sich bereits mit dieser Problematik befasst. Erste Stellungnahmen der drei staatlichen Gymnasien in Fürth unterstreichen die oben geschilderten Fragen.

Brisant wird die Thematik dadurch, dass die Staatsregierung die Anwendung des Konnexitätsprinzips offensichtlich verweigern will. Während der Schulausschuss und die Vorstandschaft des Bayer. Städtetages einhellig der Auffassung sind, dass der Freistaat für die hier entstehenden Lasten die Kostenträgerschaft zu übernehmen habe, gibt es von der Staatsregierung andere Signale. Das Kultusministerium hat die Sachaufwandsträger bereits aufgefordert sich bei den investiven Kosten aus dem IZBB-Programm des Bundes zu bedienen. Aus diesem, ursprünglich für die Finanzierung von Ganztageschulen gedachten Programm, können Zuschüsse bis zur Höhe von 90 % erhalten werden. Die restlichen 10 % Co-Finanzierung wären von den Sachaufwandsträgern zu erbringen, so dass der Freistaat von Leistungen völlig freigestellt wäre. Abgesehen davon, dass durch diese Mittelverwendung die Förderung von "echten" Ganztageesschulen in Bayern mit großer Wahrscheinlichkeit zum Erliegen kommen würde, kämen auf die Aufwandsträger auch noch Personalkosten zu. Wer sich aus diesem Programm bedient, ist nämlich verpflichtet die Personalkosten im Betreuungsbereich zu übernehmen. Bestenfalls ist hier mit einem Zuschuss des Freistaates zu rechnen. Auf die Stadt kämen aber nicht unerhebliche, gegenwärtig noch nicht abschätzbare Personalmehrungen zu. Es bleibt zu hoffen, dass die Anwendung des Konnexitätsprinzips durchsetzbar ist.

Erhebliche finanzielle Belastungen kommen auf die Stadt und die Elternschaft im Bereich der Lernmittelfreiheit zu. Hier war zunächst die völlige Abschaffung geplant. Neuerdings ist von einer Elternbeteiligung von zwischen 25 und 50 € pro Kind jährlich die Rede. Ob sich der Staat an den übersteigenden Beträgen beteiligen wird ist noch nicht geklärt. Sicher ist jedoch, dass sich der Kostenaufwand für die Sachaufwandsträger deutlich erhöhen wird, weil im Rahmen der Sozialhilfe für all die Kinder die Kosten voll zu übernehmen sind, von denen eine Elternbeteiligung nicht erhoben werden kann.

Die Kürzungspläne an dieser Stelle sind nicht nur wegen der finanziellen Zusatzbelastungen der Aufwandsträger zu verurteilen, sondern vor allen Dingen auch deswegen weil die Frage von schulischer Qualifizierung junger Menschen wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig werden wird. Die "gymnasiale Laufbahn" ist nun einmal länger und kostenaufwändiger als die eines Realschülers oder eines Hauptschülers.

Die Pflicht der Kommunen für die Versorgung der Schüler mit Schulbüchern zu sorgen soll aber bestehen bleiben. Bei den bisherigen Bestellmengen bzw. Bestellwert bedeutet dies für die Stadt Fürth weiterhin aufwändige europaweite Ausschreibungsverfahren, die Zeit und Personalkräfte in erheblichen Umfang binden. Bereits in den letzten beiden Jahren mussten die HH-Mittel zur Schulbuchbestellung praktisch völlig ausgeschöpft werden. Jede Veränderung des staatl. Lehrplans bringt erfahrungsgemäß ein Ansteigen der Bücherbestellungen mit sich.

Fürth, 02.03.2004
Referat I

Hartmut Träger